

II-1273 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen

BUNDESMINISTERIUM
FÜR
AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode
WIEN, am 2. April 1984

Zl. 189-GS/84

Parlamentarische Anfrage der Abg. z. NR
Dr. Reinhart und Gen. betr. vom Bundes-
ministerium für Auswärtige Angelegenheiten
erbrachte und noch zu erwartende Leistungen
für das Bundesland Tirol (474/J-NR/84 vom
22.2.1984)

488/AB

1984 -04- 13

zu 474/J

An den

Herrn Präsidenten des Nationalrates

W i e n

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Reinhart und Gen.
haben am 22. Februar 1984 unter Nr. 474/J-NR/84 an mich eine
schriftliche Anfrage betreffend das Wahlprogramm "Konkret für
Tirol" gerichtet, welche folgenden Wortlaut hat:

- "1. Welcher Stand wurde seitens Ihres Ressorts für die Verwirk-
lichung des Programmes "Konkret für Tirol" erreicht bzw.
welche Programmpunkte werden in nächster Zeit bezüglich
einer Verwirklichung begonnen bzw. einer solchen zugeführt?
2. Welche sonstigen Maßnahmen für das Bundesland Tirol wurden
in der laufenden Legislaturperiode seitens Ihres Ressorts
gesetzt bzw. welche Maßnahmen sollen demnächst begonnen bzw.
abgeschlossen werden?
3. Welche jeweilige Höhe erreichen die Ausgaben der unter
Punkt 1 und 2 fallenden Maßnahmen?"

Ich beehre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

Zu 1.:

In den Bemühungen österreichischerseits um eine Durchfüh-
rung der noch ausstehenden Durchführungsbestimmungen des Südtirol-
Pakets konnten weitere Erfolge erzielt werden. Anlässlich des
offiziellen Besuches von Ministerpräsident Bettino Craxi und von
Außenminister Giulio Andreotti in Österreich am 15./16.2.1984

./.

- 2 -

wurde die Zusage gegeben, die Durchführungsbestimmung betreffend die Errichtung einer Autonomen Sektion Bozen des regionalen Verwaltungsgerichtshofes in Trient in Kürze zu verabschieden. Der italienische Ministerrat hat am 2.3. d.J. diese Durchführungsbestimmung beschlossen. Des weiteren wurde auch die baldige Verabschiedung der Durchführungsbestimmung betreffend die Gleichstellung der deutschen mit der italienischen Sprache vor Polizei, Gericht und Verwaltung zugesagt.

Das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten und seine Vertretungsbehörden setzten sich stets für die Förderung der österreichischen Exporte und österreichischer Wirtschafts-anliegen ein.

Gemeinsamen Bemühungen des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten und des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie ist es zu verdanken, daß der Liberalisierungsprozeß im Handel mit Papier und Papierwaren zwischen Österreich und der EG konsequent weitergeführt wurde. Die österreichischen Papierexporte in die EG, die auf Grund des Freihandelsabkommens Österreich-EWG während einer Übergangszeit Sonderregelungen unterlagen, wurden ab 1. Jänner 1984 in den für Produkte des industriell-gewerblichen Sektors bereits bestehenden Freihandel einbezogen.

Auf dem Gebiet des Agrarhandels mit der EG konnten auf Grund intensiver österreichischer Bemühungen, die auch in Zukunft konsequent fortgesetzt werden, im Zusammenwirken zwischen dem Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie und dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft für eine Reihe agrarischer Exportgüter - insbesondere Käse - Erleichterungen bei der Einfuhr in die EG ausgehandelt werden. Für ein Land wie Tirol mit einer land- und forstwirtschaftlichen Produktion sind diese Entwicklungen von besonderem Interesse.

Angesichts der außenpolitischen Bedeutung des ACCORDINO arbeitet das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten regelmäßig aktiv an der Vorbereitung der Kommissionstagungen mit.

./.

- 3 -

Anläßlich der durch Streik der italienischen Zöllner verursachten Verkehrsstauungen am Brenner und in Tarvis hat das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten über die Botschaft Rom unverzüglich und mehrfach bei den zuständigen italienischen Behörden interveniert.

Parallel dazu haben sowohl der Herr Bundeskanzler als auch der Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten in direktem Kontakt Unterstützung ihrer italienischen Amtskollegen erbeten und letztlich auch gefunden.

Insbesondere im Interesse des Landes Tirol ist die Bundesregierung derzeit bemüht, Abkommen über den kleinen Grenz- und Ausflugsverkehr mit Italien und der BRD abzuschließen.

Das derzeit geltende Abkommen mit Italien über die Regelung des Grenzverkehrs aus dem Jahr 1951 soll an die derzeitige tatsächliche Situation sowie an die gegenwärtigen Erfordernisse - vor allem des Fremdenverkehrs - angepaßt werden. Eine dritte Verhandlungsrunde ist noch vor dem Sommer d.J. in Aussicht genommen.

Der Entwurf eines Abkommens mit der BRD, der bereits weitgehend mit der deutschen Seite akkordiert ist, wird - einem Wunsch des Landes Tirol entsprechend - die Möglichkeit zur Errichtung von Touristenzonen sowie den Grenzübertritt auf grenzüberschreitenden Wanderwegen und in Grenzgewässern ermöglichen. Positive Auswirkungen auf den Fremdenverkehr sind zu erwarten.

Zu 2.:

An sonstigen Maßnahmen für das Land Tirol konnten im laufenden Jahr zwei internationale Tagungen nach Tirol gebracht werden, nämlich die vom Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten in Zusammenarbeit mit dem New Yorker "Institute for East-West Security Studies" geplante Tagung "Möglichkeiten der Rüstungskontrolle in Europa" (23. - 26. März 1984) in Igls sowie die Tagung der UNIDO über Fragen der Lederindustrie (16. - 20.4.1984) in Innsbruck.

./.

- 4 -

Zu 3.:

Die unter Punkt 1. genannten Aufgaben können nicht beziffert werden.

Die für die unter Punkt 2. genannten Tagungen vorgesehenen Budgetmittel betragen zusammen rund öS 700.000,--.

Der Bundesminister
für Auswärtige Angelegenheiten

